Arbeitsgruppe Menschenrechte Leipzig (AGM)

[schließen]

Die Arbeitsgruppe Menschenrechte (AGM) wurde im Mai 1987 gegründet, kurz nach der Veranstaltung des Pfarrers *Christoph Wonneberger*, die unter dem Motto „Ich bin so frei...“ stand. Sie war eine der wichtigsten Oppositionsgruppen in Leipzig, einem besonderen Zentrum der Menschenrechtsarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).

In ihrem Selbstverständnis war die AGM eine „Dienstgruppe“ der Kirche im Sinne der Kirchgemeindeordnung, das heißt sie war als Basisgruppe in der Lukas-Gemeinde Leipzig tätig und beschäftigte sich vor allem mit Rechtsfragen und Menschenrechtsverletzungen in den Staaten des Ostblockes. Zusammen mit anderen Gruppen gründete sie am 6. Dezember 1988 die „Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR“. Die verschiedensten Menschenrechtsgruppen in der DDR bemühten sich im Namen dieser Arbeitsgruppe den Stand der Verwirklichung menschenrechtswürdiger Lebensumstände in der DDR zu dokumentieren. Die AGM setzte sich des Weiteren für die Initiative „Sozialer Friedensdienst“ (SoFD) ein, die sich neben Wehrdienst und waffenlosen Wehrdienst (Bausoldat) für einen Wehrersatzdienst stark machte. Im Januar 1989 bildete die AGM mit anderen Leipziger Basisgruppen – beispielsweise der *Initiativgruppe Leben (IGL)* und dem *Arbeitskreis Gerechtigkeit (AKG)* - die „Initiative zur demokratischen Erneuerung der Gesellschaft“. Die AGM war Mitorganisator des Statt-Kirchentag, der parallel zum offiziellen Kirchentag im Juli 1989 in Leipzig stattfand, und sie richtete in der Kanzlei der Lukas-Gemeinde eine Bibliothek für *Samisdat-Drucke* und Publikationen zur DDR und zu Ostmitteleuropa ein. Im September und November 1989 gab die Arbeitsgruppe die Monatszeitschrift „Forum Kirche und Menschenrechte“ heraus, in denen der Stand der Bemühungen um einen Wehrersatzdienst aufgezeigt und die Diskussion um den europäischen Einigungsprozess dokumentiert wurde. Des Weiteren berichtete man von staatlichen Repressionen und Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Demonstrationen und kirchlichen Veranstaltungen in der DDR. Die AGM bezog auch Stellung zur Frage, wie eine zukünftige DDR zu gestalten sei.